

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses I vom 14. März 2022

FRAGESTUNDE*

- **Dringende Frage Nr. 959 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Maskenpflicht im Öffentlichen Personennahverkehr**

Da sich der Föderalstaat aus gewissen Bereichen, die die Corona-Maßnahmen betreffen, zurückzieht, werden nun die Gliedstaaten rechtliche Grundlagen schaffen müssen. Im Rahmen der Diskussion um einen Dekretvorschlag im wallonischen Parlament, der das Tragen von Masken in den ÖPNV regelt¹, wurde deutlich, dass die Regelung der Wallonischen Region nicht auch auf die DG anwendbar sei.

Dazu meine Frage:

- *Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, das Tragen von Schutzmasken im ÖPNV auf dem Gebiet der DG zu regeln?*

- **Frage Nr. 942 von Herrn NELLES (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Bürgerbefragung zur nächsten Staatsreform**

Die Bürgerbefragung zur nächsten Staatsreform wird im April beginnen. Das teilten die für die institutionelle Reform zuständigen Minister David Clarinval (MR) und Annelies Verlinden (CD&V) Ende Januar im zuständigen Kammerausschuss im Rahmen einer Fragestunde mit.²

Im Mittelpunkt der Bürgerbefragung steht die Modernisierung, Steigerung der Effizienz und Vertiefung der demokratischen Grundsätze des Staatsaufbaus. Dieses Projekt wird wissenschaftlich durch die Universität Antwerpen und die Freie Universität Brüssel begleitet

Es ist geplant, die Online-Plattform zu einem echten Instrument der Bürgerbeteiligung zu machen, wobei nicht beabsichtigt ist, die Plattform in eine Meinungsumfrage mit lediglich Ja/Nein-Fragen zu verwandeln. Deshalb sind auch offene Fragen geplant, bei denen die Teilnehmer selbst ihre Pläne einbringen können. Der genaue Fragebogen muss jedoch noch ausgearbeitet werden.

Dazu meine Frage:

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ C.R.A.C. N° 139 (2021-2022); 4e session de la 11e législature; S. 2-8

² GE, 20.01.2022, S. 4

- *In welcher Weise wird die Deutschsprachige Gemeinschaft hierbei eingebunden?*
- *Welches Gewicht wird den Antworten der Bevölkerung beigemessen, um eine weitere Staatsreform vorzubereiten?*

• **Frage Nr. 943 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zu den Auswirkungen der Ukraine-Krise auf den Haushalt der DG**

Der Konflikt Russlands gegen die Ukraine ist zu einem Krieg eskaliert.

Flucht, Sanktionen und Aufrüstung sind die Folgen.

Europa wird sich verändern und ökonomisch wird es schwieriger. Steigende Öl- und Gaspreise sind die ersten Vorboten eines sinkenden Bruttoinlandsproduktes.

Es ist unmöglich und es macht auch keinen Sinn, über den Ausgang des Krieges zu spekulieren. Sinnvoll erscheint es aber ein allgemeines Bild zu zeichnen und die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die westlichen Länder zu skizzieren, da die Sanktionen in jedem Fall bestehen bleiben werden und eine weitere Eskalation der Sanktionen immer möglich ist.

Kurzfristig wird sich der Konflikt in der Ukraine vor allem auf die Inflation auswirken.

Europa bezieht fast 40 % seines Erdgases und 25 % seines Öls aus Russland (diese Zahlen variieren von Land zu Land). Die Märkte waren jedoch bereits vor dem Konflikt angespannt und die Preise hoch. Der Krieg in der Ukraine könnte dazu führen, dass die Energiepreise noch länger sehr hoch bleiben.

Außerdem gelten die Ukraine und Russland als die Kornkammer der Welt, die Lebensmittelpreise dürften weiter steigen. Auf die beiden Länder entfällt etwa ein Viertel der gesamten Weltexporte.

Schließlich ist Russland auch Produzent wichtiger Metalle wie Palladium, Aluminium und Nickel, deren Preise ebenfalls stark ansteigen könnten.

Palladium wird zum Beispiel in der Automobilproduktion, in Mobiltelefonen und sogar in Zahnfüllungen verwendet. Nickel wird zur Herstellung von Stahl und Batterien für Elektroautos verwendet.

Letztendlich wird die Inflation länger als bisher angenommen höher bleiben.

In Europa wird die Inflation im Jahr 2022 voraussichtlich bei durchschnittlich 3,8 % liegen, was deutlich über dem Ziel der EZB liegt.

Der Krieg hat auch kurzfristig einen großen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, vor allem in Europa.

Erstens, weil er das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen belasten dürfte und somit Konsum und Investitionen zurückdrängen wird.

Zweitens, weil der Anstieg der Preise für importierte Energie und Rohstoffe die Kaufkraft der Haushalte verringern und die Produktionskosten der Unternehmen erhöhen wird, was das Wachstum belasten wird.

Schließlich, weil die finanziellen Folgen der Sanktionen und die Angst vor Engpässen die globalen Lieferketten erneut stören könnten, die bereits durch die Pandemie und die Halbleiterknappheit unter Druck geraten waren.

Für die Europäische Zentralbank, aber auch für die anderen Zentralbanken, könnte diese neue Situation die Normalisierung der Geldpolitik verlangsamen oder verzögern.

Angesichts des Szenarios einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung und des Inflationsniveaus geht man weiterhin davon aus, dass die erste Zinserhöhung der EZB Ende 2022 stattfinden wird.

Unter diesen genannten Gesichtspunkten erlauben Sie mir werter Herr Ministerpräsident, Ihnen folgende Frage zu stellen:

- *Können Sie aktuell uns bereits Informationen liefern, inwiefern die anstehende Haushaltsanpassung von diesen Aspekten beeinflusst werden wird?*

- **Frage Nr. 944 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Anpassung der Wachstumsprognosen und deren eventuelle Auswirkung auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Corona-Krise, allgemeine Lieferschwierigkeiten, Inflation und seit kurzem wohl auch der russische Angriff auf die Ukraine lassen Wirtschaftsprognosen immer düsterer erscheinen.

Nachdem bereits im Dezember 2021 das Kieler Institut für Weltwirtschaft befürchtete, dass Lieferengpässe und die vierte Corona-Welle Deutschlands Aufschwung belasten und sich der Aufholprozess um mehrere Monate nach hinten verschieben werde³, senkt nun auch China sein Wachstumsziel auf Rekordtief.⁴

Dazu meine Frage:

- *Sind die im Dezember 2021 diskutierten und verabschiedeten Wachstumsprognosen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was das laufende Jahr angeht, noch aktuell?*
- *Mit welchen Änderungen haben wir zu rechnen?*
- *Wie hoch liegen nach heutigen Schätzungen die Unterschiede?*

- **Frage Nr. 945 von Herrn NELLES (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Index-Anpassung und deren Folge für die Deutschsprachige Gemeinschaft**

Die aktuellen Preissteigerungen treiben den sog. Verbraucher-Index in die Höhe. Dies wiederum hat zur Folge, dass Löhne und Gehälter angepasst werden.

Die Preissteigerung betrifft aber auch die Planung der Bautätigkeit, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den nächsten Jahren weiterhin vorangetrieben werden soll.

Dazu meine Fragen:

- *In welchem Umfang ist aus heutiger Sicht bis zum Jahresende mit weiteren Indexanpassungen der Löhne und Gehälter zu rechnen?*
- *In welcher Weise belastet das den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*
- *In welcher Weise beeinflusst die Preissteigerung die Bauplanung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis zum Ende der Legislaturperiode?*

- **Frage Nr. 946 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Cybersicherheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine ist unübersehbar, aber was weniger vermutet wird, ist die Front der Cyberangriffe, die weniger sichtbar sind als Bomben oder Raketen, deren Schäden aber ebenfalls sehr groß sein können.

Ein Cyberkrieg kann viele verschiedene Formen annehmen: Verbreitung von Fake News, Abschaltung von Webseiten, Blockierung eines Atomkraftwerks, eines Damms, von Geldautomaten und vieles mehr.

Belgien könnte übrigens durchaus ein bevorzugtes Angriffsziel sein. Tatsächlich war die belgische Armee bereits im Dezember letzten Jahres Opfer eines Cyberangriffs geworden. Axel Legay, Professor für Cybersicherheit an der UCLouvain, erklärt: *"In Brüssel befinden sich sowohl der Sitz der NATO als auch der Sitz der Europäischen Kommission, also die beiden Institutionen, die finanzielle Sanktionen gegen Russland verhängen."*

³ <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2021/winterprognose-ifw-kiel-aussichten-fuer-2022-deutlich-verschlechtert/>

⁴ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/volkskongress-china-131.html>

Meine Fragen lauten wie folgt:

- *Wie schätzen Sie die aktuelle Gefahr eines Cyberangriffs auf die Institutionen der DG ein?*
- *Wie könnte ihrer Ansicht nach die Cybersicherheit in unserer Gemeinschaft noch verbessert werden?*

• **Frage Nr. 947 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der DG und der Wallonischen Region in Bezug auf die Flutkatastrophe 2021**

„Überschwemmungen gänzlich verhindern kann man in Zukunft nicht, aber schon die Gefahr vor Hochwasser senken“.

Das hat der zuständige Gemeinschaftsminister Antonios Antoniadis im Parlamentsausschuss bei der öffentlichen Regierungskontrolle erklärt – so zu lesen im Grenz-Echo am 12.1.2022.

Weiter hieß es im besagten Artikel, dass von verschiedenen Hilfen die Rede sei und dass außerdem die Regierungen und Verwaltungen der DG und der Wallonischen Region frühzeitig Kontakte zueinander aufgebaut hätten, „um entsprechende Initiativen zu koordinieren und aufeinander abzustimmen“.

Die Regierungen in Eupen und Namur blieben auch bereit, diese Kontakte und Kooperationen zu formalisieren und weitere Kooperationen zu vereinbaren.

Zudem erwarte man eine Antwort der Stadt Eupen, um die Bedarfe genauestens definieren zu können.

Sobald dieses Schreiben vorliege, würde man wie versprochen der wallonischen Region einen Vorschlag für ein Zusammenarbeitsabkommen unterbreiten.

Nunmehr heute am 14.3.2022 – also 2 Monate später -, erlaube ich mir Ihnen werter Herr Ministerpräsident folgende Frage zu unterbreiten:

- *Können Sie uns nähere Informationen zum aktuellen Stand in Bezug auf die beabsichtigten Unterredungen zum Aufbau eines Zusammenarbeitsabkommen zwischen der DG und der Wallonischen Region liefern?*

• **Frage Nr. 948 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Bebauung in Überschwemmungsgebieten**

Die Spuren der Jahrhundertflut vom letzten Sommer in Ostbelgien sind immer noch sehr präsent. In der Wallonischen Region versandte Minister Borsu Ende Dezember 2021 ein Rundschreiben zur Bebauung in Überschwemmungsgebieten. Es gilt hiermit den ersten Lehren der Überschwemmungskatastrophe Rechnung zu tragen. Baubestand soll angepasst und gesichert werden; Immobilienprojekte vorbeugend und risikominimierend geplant. Das Überschwemmungsrisiko soll möglichst breit in den Raumordnungsinstrumenten berücksichtigt werden (Entwicklungsschemen, Sektorenpläne, Städtebaurichtlinien usw.).

ECOLO möchte, dass seitens der DG und der Wallonischen Region Anstrengungen für den Wiederaufbau möglichst kohärent gestaltet werden - also ohne zuviel zeitaufwändiges Abklären der Zuständigkeiten in unserer institutionellen Lasagne.

In der Zwischenzeit stehen etliche Besitzer, Projektleiter, Architekten, städtische und gemeinschaftliche Beamte vor einer Reihe offener Fragen. Viele Opfer der Flutkatastrophe

sind voller Tatendrang und möchten Ihre Häuser endlich wieder aufbauen, renovieren, umbauen oder gar vergrößern. Das ist sehr verständlich, die Menschen wollen endlich wieder normal wohnen können. Geschieht nichts, besteht die Gefahr, dass halbe Strassenreihen verwaist bleiben oder gar mancherorts Geisterviertel entstehen.

Angesichts des Risikos erneuter Überschwemmungen, sorgen Bauanträge jedoch zur Zeit bei den Behörden für Bauchschmerzen. Denn an manchen gefährdeten Stellen möchte man doch nicht so ganz ohne zusätzliche Auflagen oder Klauseln einen Wiederaufbau genehmigen. Hier fehlt zur Zeit in der DG anscheinend eine neue, den Umständen angepasste Rechtsgrundlage. In der Wallonie ist man in Bezug auf diese Fragen nun mit einem verbindlichen Kalender aktiv geworden. Das Inkrafttreten des entsprechenden Rundschreibens ist für April dieses Jahres geplant.

Daher hätte ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Inwieweit werden Sie ein entsprechendes Rundschreiben für die DG verfassen?*
- *Inwieweit sollten Ihrer Ansicht nach die Auflagen der DG in Kohärenz mit den Bestimmungen des Rundschreibens der Wallonischen Region stehen?*
- *Welchen Zeitplan sehen Sie vor, um Projektträgern und lokalen Behörden umsetzbare Antworten auf ihre brennenden Fragen zu liefern?*

• **Frage Nr. 949 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Thema: Weniger Wohnfläche – mehr Lebensqualität**

In den sozialen Medien kursiert zur Zeit ein Aufruf der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WfG), um Erfahrungsberichte zur Verkleinerung oder der Aufteilung von Wohnraum zu teilen. Dies geschieht im Rahmen eines Projekts „Weniger Wohnraum – mehr Lebensqualität“.

In der Tat scheint dieses Projekt die Wechselwirkung von zwei wichtigen Entwicklungen aufzugreifen: Erstens hat sich in den letzten Jahrzehnten die durchschnittliche Wohnfläche pro Person kontinuierlich erhöht. Andererseits entwickeln sich die Bedürfnisse der Menschen an Wohnfläche in ihren verschiedenen Lebensphasen sehr unterschiedlich. Haushalte vergrößern und verkleinern sich. Menschen ziehen zusammen, trennen sich, bilden zum Beispiel Patchworkfamilien ...

Innovative Lösungen für diese Herausforderungen zu finden, ist uns als ECOLO-Fraktion sehr wichtig. Wir begrüßen die Herangehensweise der WfG, mit positiven Erfahrungsberichten an dieses Thema heranzugehen. In der Tat gilt es in dieser Thematik oft noch, gesellschaftliche Tabus oder überholte soziale Normen überwinden: grosse Wohnungen gelten nicht selten als Statussymbol und ein Verkleinern der Wohnung wird oft noch als sozialer Abstieg oder Einschränkung der Lebensqualität gewertet. Dies muss bei weitem nicht so sein und deshalb brauchen wir dringend neue richtungsweisende Idealvorstellungen vom guten Wohnen. Denn viele Vorteile liegen auf der Hand: es fallen weniger Energiekosten an, weniger Haushalts- und Unterhaltsarbeiten sind nötig. Positive Beispiele gibt es reichlich: Wohnungen auf einer Etage für Personen mit eingeschränkter Mobilität; modulare Wohneinheiten um flexibel auf sich wandelnde Lebenssituationen zu reagieren, Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften, Tiny-Houses...

Eine kompaktere und flexiblere Wohnweise kann aber sehr wohl mit einer höheren Lebensqualität einhergehen. Denn niemand möchte sich eingeschränkt fühlen.

Ausgehend von diesem inspirierenden Projekt der WfG, habe ich folgende Fragen an Sie Herr Minister:

- *Inwiefern sehen Sie im Rahmen Ihrer Befugnisse in Wohnungswesen und Raumordnung Synergien mit diesem Projekt?*
- *Welche Maßnahmen könnte man in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergreifen, um den Menschen einen kompakteren, aber dennoch mehr Lebensqualität bietenden Wohnraum zu ermöglichen?*
- *Welche Herausforderungen sehen sie in dieser Thematik angesichts der aktuell berechneten demographischen Entwicklung, die nach 2030 sogar einen Bevölkerungsrückgang vorsieht?*

• **Frage Nr. 950 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zum zunehmenden Trend der Anfragen zur Errichtung von Tiny Häusern**

In den vergangenen Jahren und Monaten verzeichnen die lokalen Bauämter der Gemeinden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen deutlich zunehmenden Trend der Anfragen zur Errichtung von sogenannten Tiny Häusern. Dabei beziehen sich derlei Anfragen sowohl auf eher punktuelle, zum Beispiel touristische, Wohnformen als auch auf das dauerhafte Bewohnen solcher Gebäude.

Die Verwendung des Begriffs „Gebäude“ soll in diesem Zusammenhang von Beginn an deutlich machen, dass die spürbare Erhöhung der urbanistischen Genehmigungen für solche Bauten unweigerlich einen mehrfachen und spürbaren Einfluss auf das unmittelbare Umfeld der jeweiligen Standorte hätte. Sowohl raumordnerisch, urbanistisch und nicht zuletzt auch die Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen an besagten Standorten betreffend. Dabei sei präzisiert, dass diese Auswirkungen sowohl die gegebenenfalls zu genehmigenden Standorte als auch deren externes Umfeld betrifft. Hinzugefügt sei, dass die Anzahl der eventuell zu genehmigenden Tiny House – Wohneinheiten in diesem Kontext nicht das alleinige und auch nicht unbedingt das (vor)entscheidende Kriterium ist.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Können Sie den diesbezüglich zunehmenden Trend bestätigen?*
- *Welchen Standpunkt vertritt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in dieser Angelegenheit?*
- *Wie stellen sich gegebenenfalls die konkreten Rahmenbedingungen dar?*

• **Frage Nr. 951 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zur möglichen Überarbeitung der raumordnerischen Genehmigungsverfahren von Windkraftträdern in der DG vor dem Hintergrund der Abhängigkeit Belgiens von Energieimporten**

Kaum zwei Wochen nach Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine, werden die vielseitigen und schmerzhaften Auswirkungen auf den internationalen und belgischen Energiemarkt immer deutlicher. Auf beiden Ebenen wird vor diesem Hintergrund sogar die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ernsthaft in Erwägung gezogen.

Während die Energiepreise, beispielsweise für Rohöl und Gas, ins Unermessliche steigen, wird natürlich der Ruf nach möglichst wirksamen Gegenmaßnahmen stets lauter.

Dies könnten zum Beispiel kurzfristige finanzielle Abfederungen der Mehrkosten für Menschen, Familien und Unternehmen sein.

Mittel- und langfristig gesehen, drängt sich jedoch die Entwicklung struktureller Rahmenbedingungen auf. Diese sollten insbesondere der Verringerung unserer fast schon

drastischen Abhängigkeit von Energieimporten dienen. Dabei steht nicht zuletzt das Setzen auf CO₂-neutrale Technologien im Vordergrund.

In diesem Zusammenhang gilt es selbstverständlich zu beachten, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht für die Energiegewinnung zuständig ist. Jedoch haben wir bekanntlich einen direkten Einfluss auf die raumordnerischen Genehmigungsverfahren.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Arbeitet die DG bereits an der Schaffung struktureller Rahmenbedingungen zur Verringerung unserer Abhängigkeit von Energieimporten?*
- *Inwiefern wird in diesem Zusammenhang die Überarbeitung und gezielte Weiterentwicklung der raumordnerischen Genehmigungsverfahren mit Blick auf die Errichtung von Windkraftträdern in der DG in Betracht gezogen?*
- *Wie weit sind gegebenenfalls derlei Überlegungen fortgeschritten?*